FDP
FDP
Deuts

Sieg mit Verspätung

Guido Westerwelle fährt einen historischen Sieg ein und verhilft Angela Merkel zur zweiten Kanzlerschaft. Aber die künftigen Partner liegen schon jetzt in vielen Punkten über Kreuz. Die schwer geschlagene Volkspartei SPD muss sich auf harte innere Kämpfe einstellen.

Wahlsieger Westerwelle mit FDP-Führungsmannschaft

Als klar war, dass Guido Westerwelle einen Triumph erlebt hat, trat Hans-Dietrich Genscher auf die Bremse. Genscher, Ehrenvorsitzender der FDP und selbst 1982 Schmied eines schwarz-gelben Bündnisses, wollte dafür sorgen, dass der richtige Guido Westerwelle vor die Fernsehkameras tritt, jener neue Westerwelle, der nicht so leicht in Schrillheit verfällt, der seriös auftritt und weiß, dass Politik keine Spaßveranstaltung ist.

Als fürchte er einen Rückfall, sagte Genscher bei der Sitzung des Parteipräsidiums kurz nach 18 Uhr, es sei zwar „das beste Ergebnis, das die FDP jemals erreicht hat, aber bei aller Freude denken Sie an die Verantwortung, die die FDP jetzt hat“. Es sei „keine Zeit für Triumphgeheul“.

Westerwelle hielt sich dran. Als er eine kleine Rede an die Parteimitglieder in den „Römischen Höfen“ in Berlin-Mitte hielt, sprach er von Verantwortung und sagte zu, er werde „auf dem Teppich bleiben“.

Wäre Westerwelle in ein lautes Geheul ausgebrochen, hätte sich aber auch niemand wundern dürfen, so gewaltig ist sein Sieg. 14,6 Prozent für die FDP, das kommt jenem 18-Prozent-Projekt schon recht nahe, für das Westerwelle einst verlacht wurde. Nun ist er obenauf, ist nicht mehr „Leichtmatrose“, wie ihn Edmund Stoiber einst schmähte. Das Wahlergebnis macht ihn zum politischen Schwergewicht, zum Kanzlerinnenmacher.

Angela Merkel darf noch einmal vier Jahre regieren, obwohl ihre Partei leicht verloren hat. Westerwelle gleicht das mehr als aus. Aus der rot-rot-grünen Mehrheit im Lande ist eine schwarz-gelbe geworden, die Große Koalition wird durch ein Bündnis von CDU und FDP abgelöst.

Und das ist eine Überraschung, angesichts der Lage im Land. Schwarz-Gelb erscheint wie ein Anachronismus, ein Widerspruch zum gefühlten Zeitgeist. Denn seit 2007 deuteten viele Debatten und Umfragen zu gesellschaftlichen Themen auf einen Linksrutsch hin.

2007 gab es die große Ungerechtigkeitsdebatte, nachdem sich einige Manager maßlos bereichert hatten. 2008 folgte die Finanzkrise, die das Vertrauen in die Kräfte des Marktes stark erschüttert hat. Und nun holt die FDP das beste Ergebnis ihrer Geschichte, und Schwarz-Gelb regiert, obwohl es weder ein schwarz-gelbes Projekt gegeben hat im Wahlkampf noch eine Stimmung für Schwarz-Gelb.

Die FDP ist der große Gewinner dieser Wahl, obschon sie eine Partei ist, die den Banken nahesteht. Wahrscheinlich profitiert sie davon, dass Union und SPD in der Krise den Staat stark in die Wirtschaft eingreifen ließen, und sich die Marktgläubigen aus beiden Parteien der immer noch staatsfernen FDP zugewendet haben.

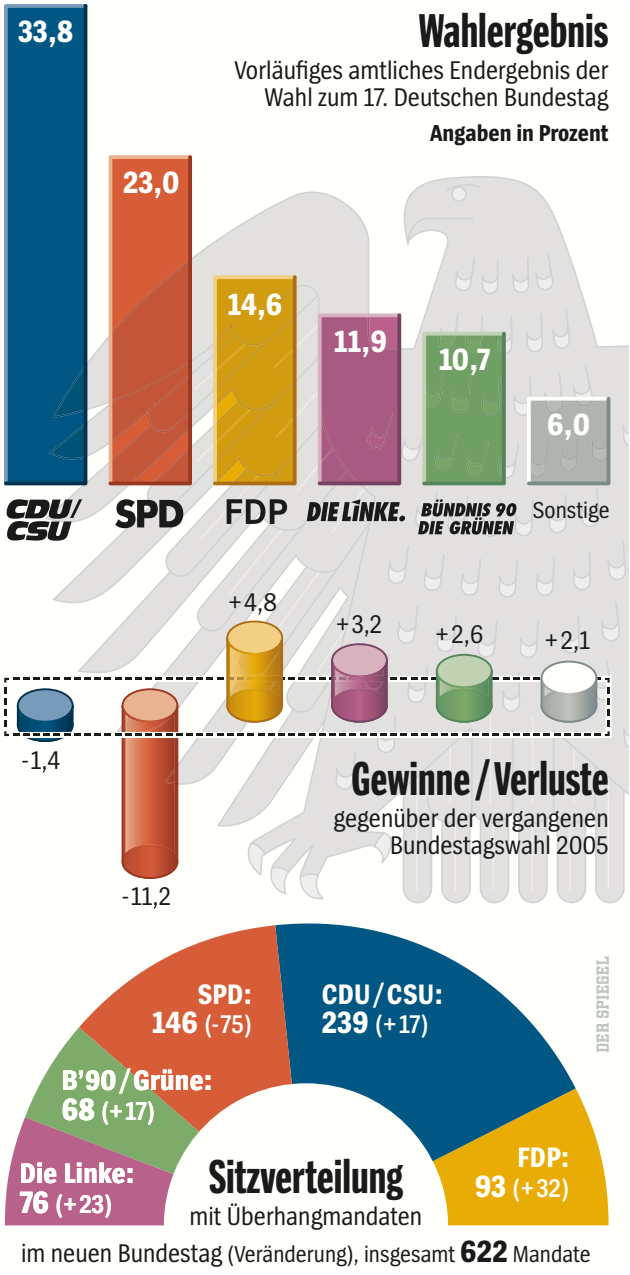
Aber es bleibt ein großer Sieg für Westerwelle. Die anderen Sieger des Abends heißen Oskar Lafontaine und die Piratenpartei. Lafontaine hat seine Partei Die Linke zu 11,9 Prozent geführt und damit endgültig zu einer bundespolitischen Kraft gemacht. Die Piraten haben zwei Prozent geschafft und viele Jungwähler angesprochen. Sie könnte eine Kraft der Zukunft werden.

Der große Verlierer ist die SPD. Ihre Niederlage, 23,0 Prozent, ist so heftig, dass sich auch eingefleischte Gegner nicht freuen mochten. Eine Volkspartei zerbröselte, es stehen ihr schwere Kämpfe bevor.

Auch die Grünen haben enttäuscht, obwohl sie erstmals ein zweistelliges Ergebnis erreichten. Aber in Zeiten der Ängste vor einem Klimawandel schwächste parlamentarische Kraft zu sein, ist fast ein Armutszeugnis. Das heißt, die CSU ist noch schwächer, wenn sie als eigenständige Partei wahrgenommen wird, und darauf besteht sie ja. Die Bayern gehören auch zu den Verlierern des Abends. Was die Union insgesamt eingebüßt hat, geht voll zu Lasten der CSU.

Und wenn man weiterschaut nach den Gewinnern und Verlierern dieses Abends, dann kann die Demokratie nicht fehlen. Sie gehört zu den Verlierern, die Wahlbeteiligung ist weiter gesunken, auf nur noch 70,8 Prozent. Wieder haben sich Millionen von der Politik abgewendet.

Hinzu kommt der Verfall der Volksparteien, die nur noch etwas mehr als die Hälfte der Wähler anziehen. 1976 waren es noch über 90 Prozent. Bislang waren die Volksparteien mit ihrem Blick auf das Gesamtinteresse einer Gesellschaft die Träger der bundesdeutschen Demokratie. Zudem kündigt sich eine weitere Zersplitterung des Parteiensystems an. Sollte die Piratenpartei wei-



Wahlverlierer Steinmeier
Schwere Kämpfe

S. 6/7: HANS-CHRISTIAN PLAMBECK, NIGEL TREBLIN / DDP (KL.); S. 8/9: MICHAEL PROBST / AP

terhin junge Wähler anziehen, könnten sich bald sieben Parteien im Parlament tummeln. Es wird dann schwerer werden, Mehrheiten zu finden.

Doch diesmal gibt es eine klare Mehrheit, ohne dass sie von Überhangmandaten gesichert werden muss, und vielleicht sogar gestützt von einer Mehrheit im Bundesrat. Deutschland kann regiert werden, das ist eine gute Nachricht.

Angela Merkel und Guido Westerwelle werden regieren, eine Frau und ein Homosexueller, und das sind zwei Gruppen der Gesellschaft, die lange diskriminiert wurden und zum Teil noch werden. In diesem Wahlergebnis aber zeigt sich Deutschland als offenes, liberales Land, und das ist ein gutes Zeichen.

Sie werden es nicht leicht haben. Die Krise ist längst nicht vorüber, das Finanzsystem wartet noch auf eine Regulierung. Der Klimawandel bedroht die Erde, der Krieg in Afghanistan ist eskaliert, die Haushalte platzen aus den Nähten, die Gesellschaft wird immer älter. Das sind dicke Bretter für Merkel und Westerwelle, die zudem damit rechnen müssen, dass die Opposition sich die Straße zum Verbündeten nimmt, sobald irgendetwas nach Sozialabbau riecht. Es wird wieder Streit geben, und den hatte man ja vermisst in der Großen Koalition.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik stellen sich der neuen Koalition zunächst die größten Herausforderungen. Die Wirtschaftskrise hat die Staatskassen überstrapaziert, deshalb muss die neue Regierung die Finanzen des Bundes wieder ins Lot bringen. Dazu muss sie die Steuern eher erhöhen, als sie zu senken, wie es beide Parteien im Wahlkampf versprochen haben.

Der Frust über die mühsamen Kompromisse der Großen Koalition wurde zum Nährboden für die Erfolge der FDP.

Am Ende werden die Steuersätze für niedrige Einkommen wohl ein bisschen sinken, weil Union und FDP nicht sofort als Täuscher dastehen wollen. Doch die Entlastungen werden nicht allzu groß sein.

Ebenso sicher kommen neue Belastungen auf die Bürger zu, sei es, dass Subventionen gestrichen werden, sei es, dass Steuervergünstigungen wegfallen. Vor einer generellen Mehrwertsteuererhöhung wie nach der letzten Wahl dürften beide Parteien jedoch zurückschrecken.

Kaum Chancen haben radikale Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Eine weitgehende Lockerung des Kündigungsschutzes ist ebenso unwahrscheinlich wie eine weitreichende Kürzung der Sozialleistungen. Wie in der Steuerpolitik sind eher kosmetische Veränderungen zu erwarten.

Gleichwohl, der Erfolg erfüllt Westerwelle mit tiefer Genugtuung. Vor vier Jahren hatte er die Chance, mit einem guten FDP-Ergebnis in die Regierung einzuziehen: als Juniorpartner von Ex-Kanzler Gerhard Schröder. Doch Westerwelle fürchtete, dass der FDP das alte Umfaller-Image angeheftet würde. Er schlug das Angebot aus und setzte darauf, die FDP als bürgerlichen Widerpart gegen die Große Koalition zu profilieren.

Der Plan funktionierte, er funktionierte sogar besser, als er es sich selbst vorgestellt hatte. Je mehr die Union in der Großen Koalition nach links schwenkte und sich in Teilen noch sozialdemokratischer gab als die SPD, desto mehr gewannen die Freien Demokraten hinzu. In Massen strömten enttäuschte CDU-Wähler zur FDP, und Westerwelle wurde zum Hoffnungsträger eines erklecklichen Teils der konservativen Stammklientel. Als Westerwelle vor einigen Monaten beim CDU-Wirtschaftsrat auftrat, feierten ihn die Delegierten mit minutenlangen Ovationen.

So wurde der Frust über die mühsamen Kompromisse der Großen Koalition zum Nährboden für die Erfolge der FDP, erst in den Ländern, jetzt im Bund. Die Partei zog in Hessen, Baden-Württemberg oder Bayern mit teils zweistelligen Ergebnissen in die Regierung ein. Die Partei errang Mandate, Posten und Geld und damit den nötigen Schub für die Kampagne zur Bundestagswahl.

Jetzt ist Guido Westerwelles Triumph zugleich eine Chance zum Neuanfang. Kaum ein anderer Politiker im Land polarisiert so wie der FDP-Chef, kaum ein anderer leidet

„Es gibt immer Reformen“

Unionsfraktionschef Volker Kauder, 60, über die Stimmenverluste der Union und die Agenda der nächsten Regierung

SPIEGEL: Herr Kauder, die Union hat das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Grenzt die Freude über den Wahlausgang nicht an Realitätsverweigerung?

Kauder: Überhaupt nicht. Das Ergebnis spiegelt wider, dass viele Wähler taktisch entschieden haben. Offenbar haben viele Bürger gedacht, wer die Große Koalition verhindern will, muss FDP wählen. Die wahre Stärke der Union zeigt sich in den Erststimmen. Da können wir sehr zufrieden sein.

SPIEGEL: Sie haben es jetzt mit einer sehr selbstbewussten FDP zu tun. Fürchten Sie, dass die Liberalen ein schwieriger Koalitionspartner sein werden?

Kauder: Die FDP war nie ein leichter Koalitionspartner. Auch unter einem Kanzler Helmut Kohl hat es manche Diskussion gegeben. Aber ich habe meine Erfahrungen mit der SPD gemacht. Da kann es eigentlich nur noch besser werden.

SPIEGEL: Geht es jetzt richtig los mit Reformen? Bisher hat die Union ja argumentiert, dass die SPD sie an einer entschiedenen Reformpolitik gehindert habe.

Kauder: Es gibt in jeder Regierung Reformen, wobei ich den Begriff nicht glücklich finde. Jede Regierung muss Antworten auf die Fragen der Zeit finden. Und die Fragen von 2010 sind sicher andere als die von 2005.

SPIEGEL: Was wird aus dem Umbau des Arbeitsmarkts, des Steuersystems und der Sozialsysteme, den die CDU einst gefordert hat und den viele Unionsanhänger immer noch wollen?

Kauder: Wir werden jetzt das tun, was nötig ist, um nach der Wirtschaftskrise wieder Wachstum zu schaffen. Das ist nicht unbedingt das, was vor vier Jahren in unserem Wahlprogramm stand. Die Zeiten haben sich geändert.

SPIEGEL: Beschreiben Sie mal das 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung.

Kauder: Wir brauchen kein 100-Tage-Programm. Wir brauchen eine Koalitionsvereinbarung, und die wird es schnell geben.

SPIEGEL: Und was wird darin stehen?

Kauder: Darin werden wir beschreiben, wie wir das Land wieder auf Wachstumskurs bringen. Einzelheiten überlassen wir den Verhandlungen.

MARCO-URBAN.DE

Merkel-Vertrauter Kauder
„Viele haben taktisch entschieden“

SPIEGEL: Die CSU hat mit 42,6 Prozent in Bayern ein schwaches Ergebnis eingefahren. Ist das die Quittung für den Konfrontationskurs des CSU-Parteivorsitzenden Horst Seehofer gegen die CDU?

Kauder: Ich freue mich erst einmal darüber, dass wir die gewünschte Regierung erreicht haben. Wer sich darüber nicht freuen will, braucht sich nicht zu freuen.

SPIEGEL: Viele in der Union sagen angesichts des SPD-Ergebnisses, es gebe nur noch eine Volkspartei. Teilen Sie diese Einschätzung?

Kauder: Da wäre ich sehr vorsichtig. Die SPD hat eine schwere Schlappe erlitten, weil sie den Leuten keine klare Botschaft vermittelt hat. Sie hat Regierung und Opposition zugleich sein wollen. Man kann schlecht gegen die Kanzlerin sticheln und wenig später wieder neben ihr auf der Regierungsbank sitzen. Das verstehen die Leute nicht. Aber die SPD hat jetzt die Chance, in der Opposition ihr Profil wieder zu schärfen.

INTERVIEW: RALF NEUKIRCH

unter einem derartigen Imageproblem. Für Grüne und Sozialdemokraten ist er die Verkörperung des gefürchteten Neoliberalismus, viele Deutsche verbinden ihn noch immer mit 18-Prozent-Schuhen, Spaßwahlkampf und Guido-Mobil. Bis heute gilt Westerwelle selbst in jenen bürgerlichen Kreisen, auf die er sich so gern beruft, als Musterfall eines Politikertyps, dem Show und Inszenierung wichtiger sind als politische Inhalte.

Auch in seiner Zeit als Oppositionsführer konnte er diesen Ruf nie abstreifen. Er schimpfte über die „zwei sozialdemokratischen Volksparteien“, er wetterte über die „Koalition der Steuererhöher“, er polemisierte gegen den „Wettlauf der Firmenretter“. So hielt er die FDP in der Konkurrenz mit Linken und Grünen im Gespräch, nährte aber zugleich die Vorbehalte gegen seinen überinszenierten Politikstil.

Darum muss er jetzt endgültig Abschied nehmen. Aus Guido, dem ewigen Jungliberalen und bekennenden Unterhaltungspolitiker, muss der Außenminister Westerwelle werden, eine 180-Grad-Wendung, für die es in der politischen Geschichte der Republik nur ein Vorbild gibt: die Wandlung des ehemaligen Straßenkämpfers Joschka Fischer zum Chefdiplomaten des vereinigten Deutschlands.

Kaum weniger groß ist die Herausforderung, die ihn als Chef der neuen Regierungspartei FDP erwartet. Westerwelle hat die Liberalen in den vergangenen Jahren dominiert wie kaum ein anderer Vorsitzender in der Geschichte. Er hat die politischen Themen vorgegeben, er hat Karrieren befördert und beendet, er hat die Strategie bestimmt – auch dort, wo er auf Widerstand in den eigenen Reihen stieß. So hat der

Vielen ist noch in Erinnerung, dass die FDP bei der Wahl 1990 mit elf Prozent fünf Ministerposten bekam.

FDP-Chef das „schwarz-gelbe Projekt“ auch dann noch als Herzensangelegenheit behandelt, als die Kanzlerin deutlich machte, dass sie genauso gern mit Sozialdemokraten regieren kann. Er hat jede Debatte über liberale Fehler in der Finanz- und Wirtschaftskrise abgebügelt. Und stärker noch als seine Vorgänger hat er die Partei vor allem als Steuersenkungspartei profiliert.

Jetzt muss er beweisen, dass er seine Rolle neu definieren kann. Westerwelle muss Führung delegieren, insbesondere in jenen heiklen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in denen für die Partei in den nächsten Monaten die größten Gefahren lauern. Sie muss ihren Wählern erklären, warum statt der Einführung eines „einfachen,

CHRISTIAN THIEL

Unionsanhänger am Wahlabend: *Stimmen gegen die Große Koalition*

niedrigeren und gerechten Steuersystems“ in den nächsten Jahren Abgaben eher erhöht werden müssen.

Bei den Liberalen schwankte die Stimmung zwischen Übermut und Demut. Das beste Ergebnis seit Gründung der Republik ließ die einen frohlocken. „Bei den Koalitionsverhandlungen gibt es jetzt keine Tabus mehr“, triumphierte der Arbeitsmarktexperte Heinrich Kolb. Alles müsse auf den Prüfstand, „der Kündigungsschutz inklusive“.

Dennoch verstehen die Liberalen den Wahlausgang als ein klares Votum „für die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“, wie der Bundestagsabgeordnete Volker Wissing sagt. Dabei werde der Schwerpunkt „eindeutig“ auf der Steuerpolitik liegen. Es gibt aber auch andere Töne. Andreas Pinkwart, stellvertretender Parteivorsitzender und Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, will im Wahlkampf gespürt haben, dass „die FDP eine Partei fürs ganze Volk geworden ist“. Das Wahlergebnis sei ein Auftrag an die Liberalen, sich um die „Themen der breiten Mitte“ zu kümmern.

Für Hermann Otto Solms, seit auf den Tag genau elf Jahren FDP-Finanzminister im Lauerstand, ist das Wählervotum ein klarer Auftrag. Steuerreform und Steuerentlastung? „Das erwarten die Wähler jetzt von uns, da können wir nicht kneifen.“ Schritt für Schritt müssten die Bürger entlastet werden, auch wenn die Finanzlage angespannt sei.

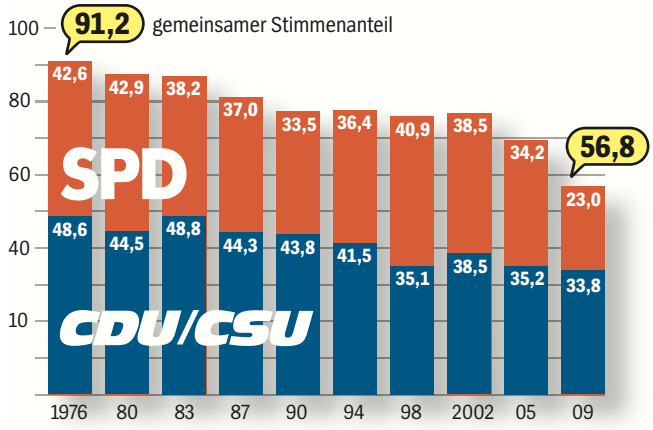
Doch sind ambitionierte Steuerrabatte überhaupt finanzierbar? Solms Antwort ist klar: „Das darf man jetzt nicht wie ein Lagerbuchhalter sehen.“ Zur Finanzierung des Vorhabens schlägt er vor, die Ausgaben zu kürzen – und geriert sich dabei schon wie der künftige Leiter des Finanzressorts. „Die Minister, die ihren Zweck nur darin sehen, mehr Geld auszugeben, müssen zur Ordnung gerufen werden.“

Offiziell wiegelt er natürlich eigene Ambitionen auf das Finanzministerium ab, aber er sagt auch: „Es reizt mich, weil alle sagen, die Steuerreform ginge nicht.“ Nach Einschätzung des Alt-Liberalen kommt es nicht darauf an, wie viele Minister die FDP künftig in der Regierung stellt. „Das inhaltliche Gewicht ist maßgebend.“ So solle die FDP auf die Lockerung des Kündigungsschutzes und entschiedene Ausgabenkürzungen drängen, auch wenn Kanzlerin Angela Merkel das schon abgelehnt habe. „Frau Merkel ist nur noch geschäftsführende Kanzlerin.“ Was die künftige Regierung in Angriff nehme, müsse in den Koalitionsverhandlungen besprochen werden. Dabei gibt sich der FDP-Schatzmeister selbstbewusst. „Wir verhandeln auf Augenhöhe.“

Einig waren sich die meisten FDP-Leute darin, dass sich ihr Abschneiden am Kabinettstisch bemerkbar machen sollte. Vielen ist noch in Erinnerung, dass die FDP bei der Wahl 1990 bei einem Stim-

Elefantensterben

Stimmenanteile von Union und SPD bei Bundestagswahlen in Prozent



„Wir haben alle verloren“

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, 50, über das desaströse Abschneiden der SPD und die Politik in der Opposition

SPIEGEL: Herr Gabriel, das ist das schlechteste Ergebnis für die SPD seit Gründung der Republik. Woran lag es?

Gabriel: Für mich ist zumindest jetzt schon klar: Viele unserer traditionellen Wähler haben uns nicht mehr abgenommen, dass wir ihre Alltagsrealität noch kennen. Das merken wir an der Wahlbeteiligung, die ist ja noch einmal gesunken, und am Erstarken der Linkspartei. Der zweite Grund ist sicher, dass für viele unserer Wähler auch nicht klar war, wie die SPD eigentlich an die Regierung kommen will. Viele wollten einfach nicht schon wieder eine Große Koalition wählen.

HOLGER HOLLEMANN / DPA

SPD-Politiker Gabriel
Strategie diskutieren

SPIEGEL: Muss die SPD jetzt auch über das Verhältnis zur Linken diskutieren?

Gabriel: Wir werden eine Debatte führen müssen über die Strategie und die Inhalte sozialdemokratischer Politik. Ich kann niemandem empfehlen, die Rolle der SPD mit Blick auf das Ziel, wieder in eine Regierung zu kommen, vom Verhältnis zu anderen Parteien abzuleiten. Wir müssen wieder aus eigener Kraft stark werden.

SPIEGEL: Bleibt die Doppelspitze aus Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering?

Gabriel: Ich finde es auf jeden Fall richtig, dass Frank-Walter Steinmeier den Fraktionsvorsitz übernehmen will. Er hat breite Unterstützung in der ganzen SPD. Franz Müntefering selbst hat gesagt, dass wir jetzt und bis zum Parteitag über alles andere zu reden haben. Das werden wir tun.

SPIEGEL: Gab es Fehler im Wahlkampf?

Gabriel: Wir haben alle zusammen verloren. Ich halte nichts von Schuldzuweisungen. Wenn man so dramatisch verloren hat wie die SPD, dann liegt das zuerst an eigenen Fehlern. Aber ich glaube nicht, dass es in erster Linie nur etwas mit dem Wahlkampf zu tun hat, sondern mit der Wahrnehmung der Sozialdemokratie bei unseren traditionellen Wählerschichten. Hinzu kommt, dass neue gesellschaftliche Sichtweisen bei der SPD vielleicht nicht klar genug zum Ausdruck gekommen sind.

SPIEGEL: Was sollen das für neue Sichtweisen sein?

Gabriel: Die Themen, die die SPD oft als weiche Themen betrachtet hat: der Verbraucherschutz oder die Umweltpolitik. Die müssten wir noch stärker in den Blickpunkt sozialdemokratischer Politik rücken, um klarzumachen, dass das, was auch eine bürgerliche Mittelschicht wichtig findet, bei uns gut aufgehoben ist. Da reicht es nicht, vier Jahre mal einen Umweltminister gestellt zu haben.

SPIEGEL: Muss sich die SPD langfristig über eine Art Fusion mit der Linken Gedanken machen?

Gabriel: Ich finde es Quatsch, über andere Parteien nachzudenken. Wenn man verloren hat, muss man über die Frage nachdenken, wie kriegt man sich selbst wieder besser in Schuss.

SPIEGEL: Wenn Schwarz-Gelb jetzt regiert und zur Atomkraft zurückkehrt, wie werden Sie sich da in der Opposition verhalten?

Gabriel: Genauso wie im Wahlkampf. Wir werden uns dem Pro-Atom-Kurs von Schwarz-Gelb widersetzen und darauf hinweisen, dass die Aufkündigung des Atomkonsenses den Ausbau der erneuerbaren Energien abwürgt und damit Arbeitsplätze kostet. Die SPD ist die stärkste Partei unter den Oppositionsparteien, und diese Rolle, die müssen wir auch einnehmen.

SPIEGEL: Wie sieht die politische Zukunft des Sigmar Gabriel aus?

Gabriel: Ich bin jetzt zum zweiten Mal Bundestagsabgeordneter mit Direktmandat. Und da hat man gefälligst seine Arbeit zu machen.

INTERVIEW: KERSTIN KULLMANN, ROLAND NELLES

Viele traditionelle Wähler haben uns nicht abgenommen, dass wir ihre Alltagsrealität noch kennen.

menanteil von elf Prozent ebenfalls fünf Ressorts bekam.

Als gesetzt gelten Westerwelle für das Auswärtige Amt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger für das Justizministerium. Hoffnung machen dürfen sich die alten Fahrensleute Hermann Otto Solms für das Finanzressort oder Rainer Brüderle für das Wirtschaftsministerium.

Auffällig oft lobte Westerwelle vor der Wahl Birgit Homburger, die Landesvorsitzende von Baden-Württemberg. Sie könnte den Fraktionsvorsitz oder das Verbraucherministerium übernehmen. Im Gespräch als Quoten-Ostdeutsche ist Parteivize Cornelia Pieper für das Bildungsressort.

Klar ist, wer Bundeskanzler wird: Angela Merkel. Sie ließ sich keine Triumphgefühle anmerken, als sie am Sonntag gegen 17.30 Uhr im Konrad-Adenauer-Haus eintraf. Sie kannte die Prognosen der Forschungsinstitute, sie wusste, dass sie Bundeskanzlerin einer schwarz-gelben Koalition werden würde. Es ging ihr gut, aber sie freute sich im Stillen, wie es ihre Art ist. Dabei blieb es, als kurz nach 18 Uhr die erste Prognose über die Bildschirme lief. Im Präsidiumszimmer waren versammelt: Generalsekretär Ronald Pofalla, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, sein nordrhein-westfälischer Kollege Jürgen Rüttgers, Fraktionschef Volker Kauder und der Parlamentarische Geschäftsführer Norbert Röttgen. Selbst der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff war gekommen. Er hatte die Parteizentrale vor vier Jahren gemieden, weil er nicht mit dem schlechten Wahlergebnis in Verbindung gebracht werden wollte.

Es freut Merkel natürlich, dass sie ihren Konkurrenten Steinmeier so deutlich geschlagen hat.

Diesmal gab es Grund zum Feiern, doch die Neigung dazu war durchaus unterschiedlich ausgeprägt. Am hellsten strahlte Merkels Büroleiterin Beate Baumann, die viele Anwesende vor allem als freudlose Vollstreckerin des Willens ihrer Chefin kennen. Sie lächelte, als gäbe es einen Preis dafür. Sie hat vier Jahre nur auf ein Ziel hingearbeitet: weitere vier Jahre Kanzlerschaft Merkels. Sie genoss ihren Triumph.

Wulffs Freude wirkte dagegen etwas gequält, zumindest kam es seinen Parteifreunden so vor. Man habe das Wahlziel erreicht, sagte er einem Tischnachbarn. Aber man habe auch für die vergangenen vier Jahre einen Preis gezahlt.

Merkel selbst machte einen gelösten Eindruck, aber sie blieb vorsichtig. Es gab keine Ansprache an die versammelten Mitkämpfer, keine Geste des Triumphs. Ledig-

lich einen Schluck Sekt gönnte sich die Kanzlerin.

Ihre eigene Deutung ist, dass der Sieg größer ausfällt, als es scheint. Sie hat das schwarz-gelbe Lager gegenüber der letzten Wahl vergrößert, sie rechnet sich einen erheblichen Teil der FDP-Stimmen an, wohl nicht ganz zu unrecht. Seitdem Westerwelle eine Ampel ausgeschlossen hat, war klar, dass die Zweitstimmen für die Liberalen in der Opposition landen oder bei einer Kanzlerin Merkel. Es waren damit Stimmen gegen die Große Koalition.

Es freut sie natürlich, dass sie ihren Konkurrenten Frank-Walter Steinmeier so deutlich geschlagen hat, aber es freut sie nicht, dass die SPD so stark abgestürzt ist. 23,0 Prozent hätten weder die Sozialdemokraten noch Steinmeier verdient, findet Merkel, die in der Elefantenrunde des Fernsehens dann aber genüsslich eine kleine Attacke gegen Steinmeier ritt. Endlich konnte sie mal, musste nicht mehr die große Umschlingerin der Großen Koalition geben.

Nun hat sie das Bündnis, das sie immer wollte, vier Jahre verspätet. Deshalb wird sie nicht die Kanzlerin sein, die sie im Wahlkampf 2005 mit der FDP werden wollte, keine Neoliberale, keine Eiserne Lady. Es ist ein anderes Land geworden, nach der Ungerechtigkeitsdebatte von 2007 und der Finanzkrise, die 2008 ausbrach. Und Merkel ist nicht die Frau, die gegen eine Stimmung regiert. Sie wird nicht ganz so sozialdemokratisch sein wie in der Großen Koalition, aber auch nicht das neoliberale Programm des Leipziger Parteitags von 2003 durchsetzen.

Es war genau fünf Minuten nach sieben, als Merkel vor die CDU-Anhänger im Adenauer-Haus trat. Die Wahllokale hatten erst eine Stunde geschlossen, aber Merkel wusste schon, dass sie dieses Mal keine Zitterpartie wie bei der Wahl 2005 fürchten musste. Diesmal erklomm Merkel lächelnd die Bühne, in ihrer Partei allerdings freute sich kaum jemand so wie sie selbst. Merkel hat mit 33,8 Prozent das miserable Ergebnis von 2005 noch einmal unterboten.

Dass am Wahlabend keine Kritik laut wurde, hat drei Gründe. Erstens will niemand den Blick von der SPD ablenken, die ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte eingefahren hat. Zweitens steht im kommenden Frühjahr die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen an, und die Erfolgsaussichten von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sollen nicht mit parteiinternem Streit gefährdet werden. Und drittens ist die Erleichterung tatsächlich riesig, dass es für Schwarz-Gelb reicht. Das sei der Erfolg der Bundeskanzlerin, schnurrte Roland Koch, der hessische Ministerpräsident.

Trotzdem herrscht eine merkwürdig zwiespältige Stimmung in der Union. Denn CDU und CSU haben es wieder nicht geschafft, auch nur in die Nähe von 40 Prozent zu kommen, und viele in der Union stellen sich jetzt die bange Frage, ob der Partei der gleiche Schrumpfprozess wie der SPD bevorsteht, nur in geringerem Tempo.

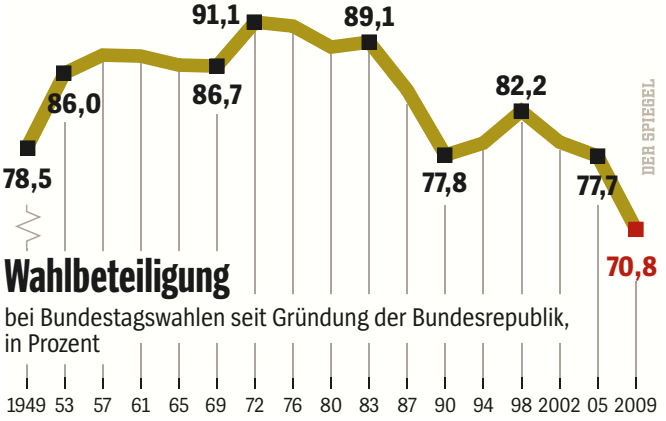
„Natürlich ist das Ergebnis nicht zufriedenstellend“, sagt Norbert Röttgen, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Merkel habe es zwar geschafft, die Union aus der Großen Koalition herauszuführen. Aber nun sei es notwendig, in einem schwarz-gelben Bündnis die „Union als Volkspartei neu zu begründen“.

Im Klartext heißt das: CDU und CSU müssen wieder zeigen, dass sie auch in der Lage sind, wirtschaftsliberale Wähler an sich zu binden. Das wird die Debatte der nächsten Wochen sein: Muss die Union konservativer werden? War es ein Fehler, mit einem sozialdemokratischen Wahlkampf die FDP fettzufüttern?

Insbesondere der Wirtschaftsflügel der Union hat diese Frage schon klar für sich beantwortet. „Die CDU muss ihre wirtschaftspolitische Kompetenz wieder stärker in den Vordergrund stellen“, sagt Kurt Lauk, Chef des CDU-Wirtschaftsrates. „Das ist in letzter Zeit nicht ausreichend geschehen. Deswegen hat der Charakter der CDU als Volkspartei Schaden genommen.“ Ganz ähnlich äußerte sich Georg Brunnhuber, Chef der baden-württ-

JOSE GIRIBAS

CDU-Spitzenpolitiker Koch, Röttgen, Lammert: *Zwiespältige Stimmung*



Wahlbeteiligung

bei Bundestagswahlen seit Gründung der Bundesrepublik, in Prozent

„Deutschland in Schwung bringen“

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle, 64, über Steuersenkungen, Finanzlöcher in den Sozialkassen und Differenzen mit Karl-Theodor zu Guttenberg

MAURICE WEISS / OSTKREUZ

FDP-Politiker Brüderle: *„Es muss alles auf den Tisch“*

SPIEGEL: Herr Brüderle, nach elf Jahren Opposition wird die FDP demnächst wieder mitregieren. Die Liberalen haben ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen seit 1949 erzielt. Wie erklären Sie den Erfolg?

Brüderle: Wir stehen für die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und dafür, dass den Bürgern mehr von ihrem Lohn und Gehalt bleibt. Und wir haben etwa in Hessen nach der Landtagswahl in einer CDU/FDP-Koalition das umgesetzt, was wir im Wahlkampf versprochen haben. Das schafft Glaubwürdigkeit, und das haben die Wähler honoriert.

SPIEGEL: Die FDP hat im Wahlkampf für ein „schwarz-gelbes Projekt“ geworben. Wie lautet dessen Botschaft?

Brüderle: Wir wollen Deutschland wieder in Schwung bringen. Wir wollen für mehr Beschäftigung sorgen und das Land bei Forschung und Bildung nach vorn bringen.

SPIEGEL: Sie waren dagegen, dass die FDP sich vor der Wahl einseitig auf Schwarz-Gelb als einzige Machtoption festlegte. Fühlen Sie sich durch das Wahlergebnis widerlegt?

Brüderle: Wir haben im Präsidium über die Frage diskutiert, dann aber auf dem Bundesparteitag eine Entscheidung getroffen. Das Ergebnis der Wahl zeigt, dass es die richtige Strategie war. Wir wurden so gestärkt, dass wir auch selbstbewusst bei den Koalitionsverhandlungen auftreten können.

SPIEGEL: Bleibt es dabei, dass die FDP einen Koalitionsvertrag nur unterschreibt, der ein „einfaches, niedrigeres und gerechtes Steuersystem“ in Aussicht stellt?

Brüderle: Wir machen nach der Wahl das, was wir vorher versprochen haben.

SPIEGEL: Sie wollen die Bürger in dieser Legislaturperiode um rund 35 Milliarden entlasten, ohne die astronomischen Staatsschulden weiter zu erhöhen. Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg kündigte eine Woche vor der Wahl harte Einschnitte an. Wie passt das zusammen?

Brüderle: Das müssen Sie Herrn Guttenberg fragen. Wir stehen für unsere Politik, und die hat der Bundesvorsitzende auf jedem Marktplatz der Republik erklärt. Wir können es auch gern noch einmal Herrn Guttenberg erklären.

SPIEGEL: Sie werden gegen SPD, Linke, Grüne und vermutlich auch die Gewerkschaften regieren. Guido Westerwelle ist deren Feinbild. Schreckt Sie das?

Brüderle: Keineswegs. Auch die Gewerkschaften müssen doch Interesse an neuen Arbeitsplätzen haben. Die Zusammenarbeit wird konstruktiv sein, da bin ich mir ganz sicher. Die Gewerkschaften werden die Vorzüge von Guido Westerwelle und der FDP schon erkennen.

SPIEGEL: 2010 drohen der Krankenversicherung wie jetzt schon der Arbeitslosenversicherung infolge der Wirtschaftskrise massive Finanzlöcher. Wie wollen Sie Beitragserhöhungen vermeiden?

Brüderle: Am Anfang der Zusammenarbeit mit den Unionsparteien muss eine ehrliche Eröffnungsbilanz stehen. Es muss alles auf den Tisch. Erst danach können wir entscheiden, welche Konsequenzen zu ziehen sind.

SPIEGEL: 1990 ereichten die Liberalen elf Prozent und bekamen fünf Ressorts, diesmal sind es fast vier Prozentpunkte mehr. Wie viele Ministerposten sind jetzt drin?

Brüderle: Es geht doch nicht um Ämter. Wir müssen unsere zentralen Inhalte in der Koalition durchsetzen. Wenn uns das gelungen ist, dann überlegen wir, welche Frau und welcher Mann an welchen Posten die FDP am besten in der Bundesregierung vertritt.

SPIEGEL: Die FDP saß elf Jahre lang in der Opposition. Kann die SPD nun in ihrer neuen Rolle von Ihnen etwas lernen?

Brüderle: In der Opposition kann sich eine Partei erneuern. Die SPD ist eine traditionsreiche Partei, die aber wieder den richtigen Kurs finden muss, und den dürfen nicht Oskar Lafontaine und die Linken vorgeben. Sie muss sich besinnen auf ihren Ex-Kanzler Gerhard Schröder und dessen Agenda-2010-Politik.

Am Anfang der Zusammenarbeit mit der Union muss eine ehrliche Eröffnungsbilanz stehen.

INTERVIEW: PETRA BORNHÖFT

tembergischen Landesgruppe. „In der Großen Koalition hat uns doch niemand mehr wirtschaftspolitische Kompetenz zugetraut. Davon hat die FDP profitiert."

Gleichzeitig formiert sich schon Widerstand gegen einen möglichen Kurswechsel der Union, vor allem in Nordrhein-Westfalen, wo die schwarz-gelbe Koalition von Jürgen Rüttgers im Mai die Landtagswahl bestehen muss. Es hat in der vergangenen Woche ein Gespräch zwischen Vertrauten von Seehofer und Rüttgers gegeben. Ziel: neoliberale Grausamkeiten in Berlin gemeinsam zu verhindern. Sie wollen ihre Mehrheiten in der Partei, aber auch im Bundesrat nutzen, um soziale Politik gegen die FDP-Linie durchzusetzen. Sie haben verabredet, ihre Ziele auch bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen energisch zu vertreten.

Merkel wird es deshalb als Kanzlerin einer schwarz-gelben Koalition kaum leichter haben als bisher. Denn es sind ja nicht nur die Flügel in ihrer Partei, die an ihr zerren werden. Es ist auch die FDP, die versuchen wird, ihren Erfolg in konkrete Politik zu übersetzen. Sie hat schon angekündigt, was sie im Gegensatz zur Union alles will – Lockerung des Kündigungsschutzes, Verhinderung von Mindestlöhnen, Privatisierung der Sozialsysteme.

Es gibt nicht mehr viele in der Union, die sich an die gemeinsame Regierungszeit mit den Liberalen erinnern. Der Einzige in Merkels Kabinett, der bereits vor 1998 regiert hat, ist Wolfgang Schäuble, der heutige Innenminister. Schäuble sitzt in der baden-württembergischen Landesvertretung, vor ihm dampfen drei Maultaschen auf dem Teller, er trinkt ein Glas Spätburgunder und ist mit sich und der Welt zufrieden. „Die Verschiebung hin zur FDP ist schon heftig", sagt er. „Aber dass die Union diesmal so schwach ist, liegt daran, dass wir aus der Sondersituation einer Großen Koalition kommen. Das wird das nächste Mal wieder anders werden."

Ob Merkel ihren Innenminister noch ein weiteres Mal in ihr Kabinett beruft, ist völlig ungewiss. Er hat es öffentlich abgelehnt, Verteidigungsminister zu werden oder als EU-Kommissar nach Brüssel zu gehen. Von ihr ist bekannt, dass sie ihn akzeptiert, er aber nicht zu ihren Vertrauten gehört. Sie hat sich bislang nicht festgelegt.

Schäuble hat viel Unmut aus der FDP auf sich gezogen, aber er könnte auch ein Bindeglied sein.

Schäuble hat in den vergangenen Monaten viel Unmut aus der FDP auf sich gezogen, aber er könnte auch ein Bindeglied zu früheren Zeiten sein. „Die neue Regierung hat ein Rendezvous mit der Realität", sagt er. „Das Einzige, was die Sozialdemokraten trösten kann, ist, dass unser Spielraum sehr gering und der Problemdruck riesengroß ist."

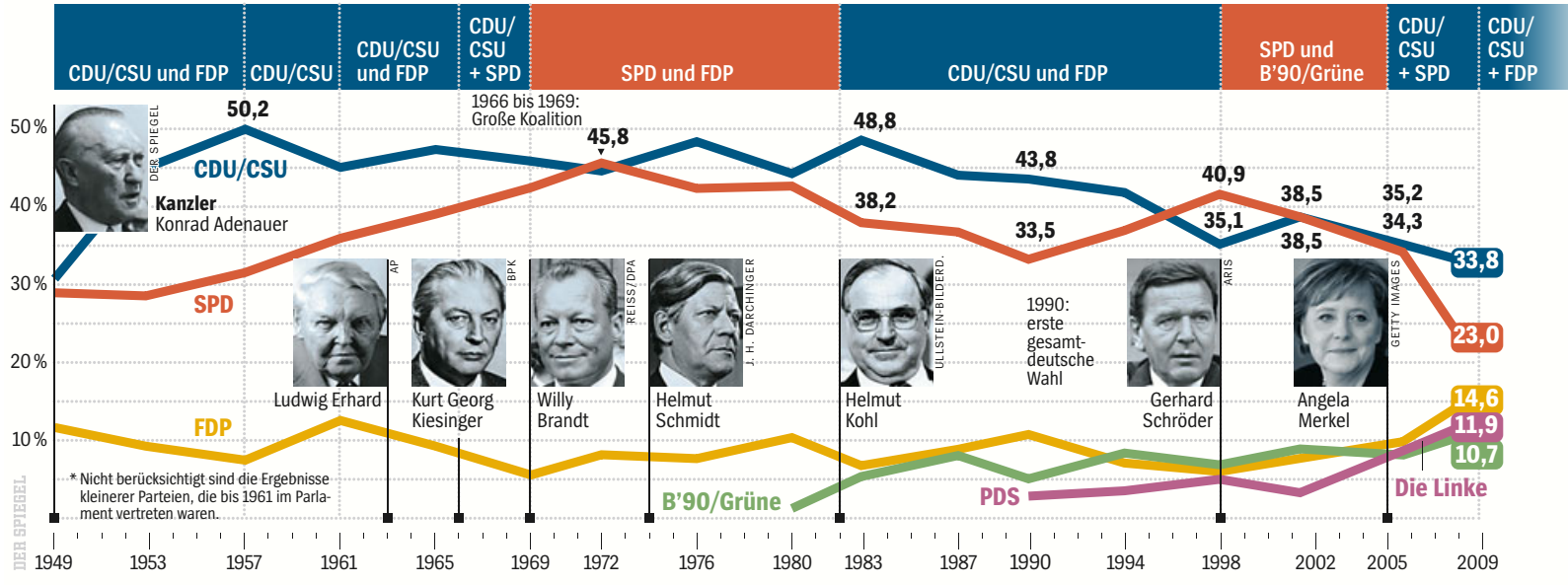
Guido Westerwelle hat die Stärkung der Bürgerrechte als eines der drei Hauptthemen der Liberalen genannt, aber anders als viele Parteifreunde sieht Schäuble in der Innenpolitik kein wirkliches Konfliktfeld mit der FDP. Liberale wie die mögliche neue Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger oder der innenpolitische Sprecher, Max Stadler, seien „vernünftige Leute, die Argumenten immer zugänglich sind". In den vergangenen Tagen wurde ein Papier aus Schäubles Ministerium bekannt, das sich für die Freidemokraten wie ein Horrorkatalog las, danach soll der Verfassungsschutz künftig auch die organisierte Kriminalität bekämpfen. „Das wird mit der FDP nicht einfach", sagt Schäuble, „aber auch die Liberalen werden erklären müssen, wie sie der Kriminalität Herr werden wollen." Bei zentralen Punkten wie der Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet, die der FDP zu sehr in die Bürgerrechte eingreift, ist Schäuble offen für Veränderungen: „Vielleicht finden wir ja eine intelligente Art, das Schnellschussgesetz der Großen Koalition zu verbessern."

Die Probleme, glaubt Schäuble, werden eher in der Finanzpolitik liegen. „Die Steuerdebatte wird viel schwieriger. Auch die FDP kann sich keinen schuldenfreien Etat basteln." Die Verschuldung und Sanierung des Staatshaushaltes sei das zentrale Thema, wo die Konflikte mit der FDP absehbar seien. Für Merkel stellt sich zudem das große Problem, dass sie gern neue Gesichter in ihrem Kabinett präsentieren würde – doch keiner der Unionsminister verspürt Lust, seinen Platz zu räumen. Für die Kanzlerin wäre es vorteilhaft, wenn Schäuble seinen Posten freimachte. Dann könnte Kanzleramtsminister Thomas de Maizière dessen Amt übernehmen, und für Norbert Röttgen, der sich als Parlamentarischer Geschäftsführer schon lange unterfordert fühlt, wäre der Weg frei, Chef der Regierungszentrale zu werden.

Schäuble hat intern klargemacht, dass er gern bleiben würde, was er ist. Das gilt auch für Franz Josef Jung, Merkels glücklosen Verteidigungsminister. Für den stünde zwar Ersatz bereit, Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg könnte sich gut vorstellen, das Amt zu übernehmen.

Doch CSU-Chef Seehofer hat mit Guttenberg andere Pläne. Er will, dass der Publikumsliebling der Bayern das Finanzministerium übernimmt. Den zweiten CSU-Pos-

Bundestagswahlergebnisse Regierungen und Kanzler seit 1949*



„Anwalt des modernen Bürgertums“

Grünen-Spitzenkandidatin Renate Künast, 53, über die künftige Öffnung ihrer Partei zur Union, den Zusammenbruch der SPD und ihr Nein zu einem Generationswechsel

SPIEGEL: Frau Künast, die Grünen bleiben vier weitere Jahre in der Opposition. Ein Erfolg sähe anders aus, oder?

Künast: Moment, wir haben unseren Stimmenanteil ganz erheblich verbessert und ein zweistelliges Ergebnis erreicht. Das ist das Rekordergebnis für unsere Partei. Schwarz-Gelb ist nicht verhindert worden, aber das lag ja nun nicht an uns. Die SPD hat einfach nicht geliefert, sondern einen Zusammenbruch erlebt.

SPIEGEL: Auch inhaltlich kamen Sie nicht zum Zuge. Der Klimaschutz ist den Deutschen wichtig, aber die Grünen haben davon nicht profitiert.

Künast: Machen Sie sich mal keine Sorgen um unser Profil. Wir werden auch aus der Opposition heraus für das Klima und gegen die Atomkraft kämpfen. Die SPD dagegen sollte sich an die Ursachenforschung machen und schleunigst ihre Rolle im 21. Jahrhundert suchen. Auch die Linke muss sich fragen, ob sie überhaupt einmal regieren will.

SPIEGEL: Nur die Grünen haben alles im Griff?

Künast: Wir sind für die kommenden Jahre gewappnet, und zwar vom ersten Tag an. Wir haben nicht die Selbstfindungsprobleme der anderen. Wir sind eine moderne linke Partei, die für Arbeit, Umwelt und Soziales steht. Wir vertreten die Mitte der Gesellschaft, das moderne Bürgertum, das am Gemeinwohl interessiert ist, und zugleich diejenigen, die auf Solidarität angewiesen sind. Im Bundestag werden Sie es erleben: Wir sind die Meinungsführer in der Opposition, weil die anderen viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt sind.

SPIEGEL: Ist denn die SPD dabei auf Dauer noch ein Partner für Sie oder hat sie sich als Volkspartei erledigt?

Künast: Die SPD ist dramatisch klein geworden, da wage ich keine Prognose. Sie ist auch nicht mehr unser einziger Partner. Aber zuallererst frage ich nicht, wie es der SPD geht, sondern sage: Die Grünen nehmen die Herausforderung in der Opposition an und wollen weiter wachsen.

SPIEGEL: Wie groß wollen Sie denn werden?

Künast: Ich bin sicher, dass wir in der gegenwärtigen Umbruchphase noch einige Prozent draufsatteln können. Wir wollen perspektivisch dritte Kraft werden, also Linke und FDP überholen.

SIMONE M. NEUMANN

Grünen-Politikerin Künast: *„In beide Richtungen offen“*

SPIEGEL: Koalitionstaktisch hat Guido Westerwelle Sie diesmal locker ausgespielt, indem er sich massenhaft Leihstimmen der Union verschaffte. Sie dagegen standen plötzlich ohne Perspektive da. War der Ausschluss einer Koalition mit Union und FDP ein Fehler?

Künast: Nein, diese Jamaika-Koalition wäre realitätsuntauglich gewesen. Mit drei Parteien, die Steuern für Reiche senken und eine Energiepolitik von gestern wollen, hätten wir keinen Koalitionsvertrag hinbekommen. Und ob die FDP so stark bleibt, da würde ich abwarten.

SPIEGEL: Derzeit ist sie nun mal ziemlich stark.

Künast: Weil Frau Merkel den Flügel des Wirtschaftsliberalen Friedrich Merz in der Partei hat verkümmern lassen. Da hat es eine Arbeitsteilung zwischen den Parteien gegeben, von der die FDP profitierte. Eine solche Arbeitsteilung zwischen Grünen und SPD gab es nicht, weil die SPD nicht mal ihre eigene Rolle definieren konnte. Die hat ihre eigene Vergangenheit als Reformpartei negiert und sich ein bisschen grün angetüncht, mehr war da nicht.

Wir Grüne müssen noch stärker werden und wollen die Partei sein, die neue Bündnisse schmiedet.

SPIEGEL: Die SPD desolat, die Konservativen inhaltlich weit entfernt. Wo ist denn die grüne Machtperspektive?

Künast: Man wird sehen. Es wird nicht mehr allein die SPD sein, ich sehe sie aber auch nicht mit zwei schwarzen Parteien und der FDP. Wir Grüne müssen noch stärker werden und wollen die Partei sein, die neue Bündnisse schmiedet.

SPIEGEL: Das wäre dann irgendwann das Projekt Schwarz-Grün?

Künast: Projekte wird es wohl nicht mehr geben. Wir sind in beide Richtungen offen – nach links zur SPD und vielleicht auch zu den Linken, oder nach rechts zur Union. Ich bin da offen, solange unser grüner Kern in einem Bündnis gewahrt werden kann.

SPIEGEL: Und der Garant dafür ist Renate Künast? Kann der Generationswechsel bei den Grünen warten?

Künast: Ich habe nach unserem Erfolg große Lust weiterzumachen.

SPIEGEL: Sie und Ihr Co-Spitzenkandidat Jürgen Trittin wollen gemeinsam die Fraktion führen?

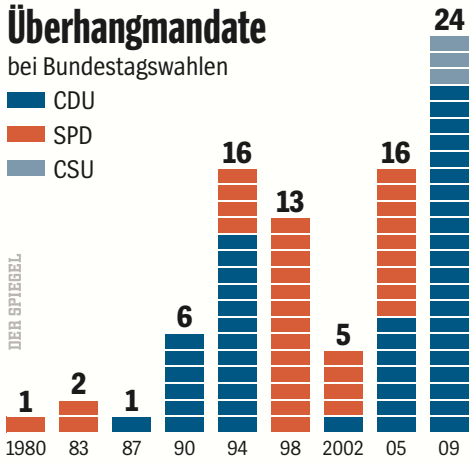
Künast: Ich finde, mit dem besten Ergebnis der Grünen-Geschichte haben wir gute Argumente dafür.

INTERVIEW: RALF BESTE

ten in einem schwarz-gelben Kabinett dürfte wohl Ilse Aigner bekommen. Seehofer ist zwar nicht sonderlich zufrieden mit der Landwirtschaftsministerin, aber der Parteichef fürchtet, dass die CSU bei jungen Frauen noch schlechter abschneidet, wenn er die einzige halbwegs profilierte Bundespolitikerin nach einem Jahr wieder zurück ins Glied stellt.

In CDU-regierten Ländern machen sich unterdessen einige Minister Hoffnungen auf Höheres. Tanja Gönner, Chefin des Umweltressorts in Stuttgart, könnte sich gut vorstellen, nach Berlin umzuziehen. „Wir haben bei uns im Land gezeigt, dass man mit Schwarz-Gelb eine anspruchsvolle Umweltpolitik machen kann“, sagt sie in der Wahlnacht. Es ist ein Satz, den man durchaus als Bewerbung verstehen kann. Von Größerem träumt auch Armin Laschet, Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen. Im Berliner Entwicklungshilfeministerium beobachtet man schon seit längerer Zeit, wie Laschet fleißig Afrikakonferenzen organisiert, um sich als Nachfolger der SPD-Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul zu empfehlen. Auf deren Posten hat es auch Peter Ramsauer, abgesehen, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass daraus etwas wird, dazu ist das Ergebnis der CSU zu schlecht.

In der CSU schlug die Nachricht von dem desaströsen Abschneiden in Bayern wie eine Bombe ein. Kurz vor sechs platzte in die Runde, die CSU-Chef Horst Seehofer



um sich versammelt hatte, eine erste Prognose herein, dass die CSU in Bayern nur knapp über 40 Prozent lag und damit noch unter dem Ergebnis der Landtagswahl von 2008, das damals Parteichef Erwin Huber und Ministerpräsident Günther Beckstein zum Rücktritt gezwungen hatte. Seehofer nahm das Ergebnis mit schweigendem Entsetzen auf.

Vielen in der CSU gingen in den letzten Wochen die heftigen Attacken Seehofers auf die Liberalen gegen den Strich. Sie verstanden es nicht, warum er eine Partei zum neoliberalen Monster stilisierte, mit der er eigentlich regieren wollte. „Wir werden in den nächsten Tagen sicher über Stilfragen diskutieren müssen“, sagt Markus Ferber, Chef der CSU-Parlamentarier im Europaparlament.

Unter dem Siegel der Verschwiegenheit wird in der CSU schon darüber diskutiert, ob Seehofer angesichts der Wahlpleite seinen Posten räumen muss. „Beckstein und Huber wurden gezwungen, wegen eines solchen Ergebnisses zu gehen“, sagt ein CSU-Landesminister. Doch es ist sehr unwahrscheinlich, dass Seehofer stürzt. Denn als Alternative käme nur Wirtschaftsminister Guttenberg in Frage, und der hätte im Moment kaum die Kraft, die Partei zu einen. Außerdem würde es die CSU in den Koalitionsverhandlungen massiv schwächen, wenn sie gleichzeitig einen Führungsstreit anzettelte.

„Das wird keine Palastrevolution geben“, sagt Ilse Aigner, die Bundeslandwirtschaftsministerin. „Klar, wir haben uns mehr erhofft, aber wir werden das jetzt in aller Ruhe analysieren.“ Immerhin räumt Aigner ein, dass das Rumgehacke auf der FDP „sicherlich auch einen Teil zu dem Ergebnis beigetragen hat, aber wir haben gemeinsam Wahlkampf gemacht“, sagt sie, „und da hat jeder sein Packerl zu tragen“.

Fast scheint es, als habe man die Botschaft der 42,6 Prozent in München noch nicht ganz verstanden. Auf die Frage, wie viele Minister die CSU stellen könne, meint Aigner: „Wahrscheinlich werden es wieder zwei, aber vielleicht auch drei.“ Und auf

DPA

Wahlparty der Grünen: *In Zeiten des Klimawandels die schwächste parlamentarische Kraft*

„Mindestens drei Ministerien“

CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer, 55, über die Koalitionsverhandlungen und das nächste Bundeskabinett

MARCO-URBAN.DE

Bayern-Politiker Ramsauer: *„Sprachrohr für den ländlichen Raum“*

SPIEGEL: Herr Ramsauer, die CSU-Attacken auf Guido Westerwelle im Wahlkampf haben sich nicht ausgezahlt. Haben Sie die FDP womöglich hochgeredet?

Ramsauer: Die FDP hat in Bayern, verglichen mit den anderen westlichen Bundesländern, eines der schlechtesten Ergebnisse geholt. Unsere Strategie kann also nicht falsch gewesen sein.

SPIEGEL: Aber Sie haben viele Wähler an die FDP verloren.

Ramsauer: Das stimmt, das ist schmerzhaft. Wir müssen erkennen, dass viele Menschen gerade auch in den ländlichen Gegenden diesmal auch mit Zweitstimme FDP gewählt haben. Und offenbar ist auch ein Teil der Landwirte zu den Grünen gegangen, was ich besonders irrational finde.

SPIEGEL: Für den von Seehofer ausgegebenen „Konsolidierungskurs der CSU“ ist das Wahlergebnis ein herber Rückschlag.

Ramsauer: Wir haben noch immer das mit Abstand beste Unions-Wahlergebnis aller Bundesländer erreicht. Wir haben alle Wahlkreise in Bayern gewonnen. Im Wahlkampf habe ich erlebt, dass die Partei in einer sehr kämpferischen Verfassung war. Diesen Schwung müssen wir jetzt beibehalten.

SPIEGEL: Die CSU hat von einem dritten Ministerposten in einer schwarz-gelben Bundesregierung geträumt. Wie wollen Sie das durchsetzen, wo doch die FDP mehr als doppelt so stark ist?

Ramsauer: Wenn man sich die Zahlen ansieht, dann ergeben sich mindestens drei Ministerien für die CSU. Wir stellen 20 Prozent der Unions-Mandate. Da sind wir im langfristigen Schnitt.

SPIEGEL: Persönliche Konsequenzen ziehen Sie nicht?

Ramsauer: Keinesfalls. Ich stelle mich der Wiederwahl zum Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe.

SPIEGEL: Was wird die besondere Rolle der CSU in der neuen Koalition sein?

Ramsauer: Wir sind das einzige politische Sprachrohr Bayerns. Und damit sind wir auch das Sprachrohr für den ländlichen Raum.

SPIEGEL: Werden Sie sich als die Partei mit dem sozialen Gewissen gegen die FDP profilieren?

Ramsauer: Wir sind eine soziale Partei, aber es wird auch Themen geben, bei denen wir näher an der FDP stehen als möglicherweise an der CDU.

SPIEGEL: Wo beispielsweise?

Ramsauer: Etwa bei der Regionalisierung der Erbschaftsteuer und im Bereich der Einkommensteuer. Wir wollen, dass die von uns versprochenen Steuerentlastungen jetzt auch möglichst schnell kommen.

Wir sind eine soziale Partei. Aber es gibt Themen, bei denen stehen wir der FDP näher als der CDU.

INTERVIEW: PETER NEUBACHER

die Frage, wie viele dann die FDP mit mehr als doppelt so vielen Mandaten erhalten solle, sagt die Ministerin: „Vier. Man muss ja nicht von vornherein jede Position räumen“.

Für Seehofer ist das Ergebnis vom Sonntag die erste Niederlage als Parteivorsitzender. Vor einem Jahren hat ihn die Partei wie einen Messias gefeiert. Doch ein zählbarer Erfolg hat sich bislang nicht eingestellt. Umso mehr erwartet die CSU nun von Seehofer, dass er sich in Berlin auf Augenhöhe mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und FDP-Chef Guido Westerwelle zurückkämpft. Seine Störfeuer wird Seehofer deshalb nicht einstellen, im Gegenteil. Vor allem die FDP, eine Partei, die Seehofer verachtet, muss mit scharfen Attacken aus Bayern rechnen. Seehofer gegen Westerwelle – so dürfte das Duell dieser Koalition heißen. Dazwischen sitzt Merkel und darf mal wieder moderieren.

Frank-Walter Steinmeier wäre es am Ende wohl recht gewesen, wenn er sich vier weitere Jahre von Merkel hätte moderieren lassen müssen. Stattdessen wandert er auf die Oppositionsbank.

Der Verlierer machte einen erstaunlich gefassten Eindruck, als er am Wahlabend in die Öffentlichkeit trat; es war beinah irritierend, wie nüchtern, ja geradezu geschäftsmäßig Steinmeier sich in die Rolle des Oppositionsführers schickte. Ein wenig Erschütterung hätte man schon erwartet, vielleicht sogar so etwas wie stille Verzweiflung, dem Ergebnis wäre es angemessen gewesen.

Noch nie zuvor in der deutschen Geschichte hat eine Partei bei Bundestagswahlen eine vergleichbare Niederlage erlitten. Die Wähler haben die SPD nach vier Jahren in der Großen Koalition nicht abgestraft, sie haben sie geschlachtet. Rund sechs Millionen Bürger, die 2005 der SPD noch ihre Stimme gaben, haben sich der Konkurrenz zugewendet oder sind einfach zu Hause geblieben. Der größte Profiteur des Exodus war die Linkspartei, 1,1 Millionen SPD-Wähler gaben diesmal den Sozialisten ihre Stimme, zu Union und Grünen wechselten jeweils knapp 900 000 SPD-Anhänger, zur FDP noch einmal 500 000, 2,1 Millionen verweigerten sich ganz.

Viele hatten erwartet, dass es schlimm kommen würde für die SPD, auch in der Parteiführung. Bis zum Schluss bekamen die Sozialdemokraten kein Thema zu packen, das die Deutschen davon hätte überzeugen können, ernsthaft über eine Alternative zu Angela Merkel nachzudenken – der SPD-Kandidat selbst war es ja auch nicht, dazu ist er ihr in Temperament und Ausstrahlung zu ähnlich. Aber dass es so schlimm kommen würde, ließ selbst Veteranen des politischen Geschäfts erbleichen.

„Oh Gott“, entfuhr es Peter Struck, der mit der neuen Legislaturperiode aufs Al-

JOHANNES SIMON / GETTY IMAGES

CSU-Chef Seehofer: *Muss die Union konservativer werden?*

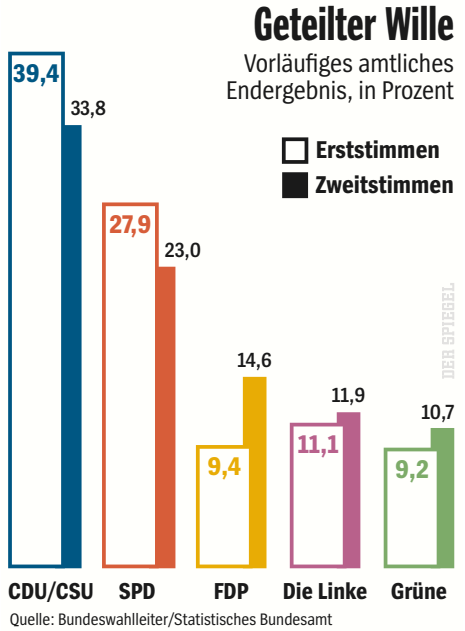
tenteil geht, als er die ersten Vorabzahlen zugeflüstert bekam. In seinem Gesicht stand die ganze Trauer und das Leiden darüber, was aus seiner stolzen SPD geworden ist, als er zu seinen verabredeten Pflicht-Statements vor die Kamera trat. Es war ein Ausdruck, der Mitleid erregte, auch bei denjenigen, die für die SPD sonst nicht viel übrighaben.

Der 27. September markiert eine historische Zäsur, das lässt sich ohne Übertreibung sagen: Bis zu diesem Sonntag bestand das parlamentarische System aus zwei nahezu gleich großen Lagern, die jeweils von einer starken Partei dominiert wurden, um die sich dann ein bis zwei kleine Parteien anlagerten. Seit dem 27. September ist diese Balance perdu, eine der beiden bestimmenden Pole ist ausgefallen, nun gibt es nur noch eine, ebenfalls deutlich lädierte politische Großmacht und daneben vier mehr oder weniger große Mittel- und Kleinmächte.

Zu den Fragen, die sich aus der Niederlage ergeben, gehört auch die, ob es im Wahlkampf ein Übermaß an Anstand geben kann. Steinmeier ist sich bis zum Schluss treu geblieben, was ihn ehrt. Er hat nicht versucht, die Politik zu kritisieren, die er bis eben noch mitgetragen hatte; er hat auch davon abgesehen, Dinge zu fordern, die eine Kanzlerin mit Rücksicht auf die Verpflichtung ihres Amtes nicht fordern kann.

Der Afghanistan-Einsatz wäre so eine Gelegenheit gewesen, zumal die Toten nach einem Bombenangriff auf zwei Tanklaster das Thema drei Wochen vor der Wahl noch einmal auf schreckliche Weise ins Bewusstsein der Nation rückten. Steinmeier blieb dabei, die Präsenz der Bundeswehr in dem fernen Land zu verteidigen, einen schnellen Abzug schloss er aus. Einer wie Schröder hätte das anders gemacht. Der Altkanzler ließ in kleinen Runden sein Unverständnis erkennen, dass der Nachfolger vornehm darauf verzichtete, die billigen Punkte zu machen. Was Steinmeier als Frage des politischen Anstands empfand, sah Schröder als Schwäche, als gefährliche Beißhemmung, die sich ein echter Wahlkämpfer nicht leisten kann.

Der SPD ist nicht mehr zu trauen, das ist kurz gefasst die Einstellung vieler einstiger Anhänger. Die Zahl der Bürger, die finden, dass die Partei ihre sozialdemokratischen Ideale verraten habe, ist im Gegenspiel mit



Quelle: Bundeswahlleiter/Statistisches Bundesamt

der Union noch einmal deutlich gestiegen, das hätte man nicht erwartet. Viele empfinden die Verlängerung der Arbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr als ein zweites Hartz IV. Dass beide Reformen unumgänglich waren, mögen die Anhänger sogar einsehen, aber sie sollen eben nicht von der SPD durchgesetzt werden.

Anders gesagt: Die SPD ist in Haftung genommen worden für eine Politik, die man eher von der Kanzlerin erwartet hätte. Die Sozialdemokraten in Gestalt ihres Vorsitzenden Müntefering haben dem Land noch einmal einen Dienst erwiesen, von dem dann die Gegenseite profitierte. Es könnte also eine Lektion dieses Wahlkampfs sein, dass es sich auszahlt, die Dinge treiben zu lassen, statt sie anzusprechen.

Der Wahlsonntag bedeutet auch das Ende der Vorstellung, dass Parteien eine natürliche Größe haben, auf die sie sich auch in der Krise verlassen können. Viele in der SPD hatten sich bis zum Schluss mit der Hoffnung getröstet, dass die Umfragen, die sie bei 25 Prozent taxierten, nicht den wahren Zustand widerspiegeln würden. Jetzt zeigt sich, dass es immer weiter nach unten gehen kann. Es gibt keine Bodenbildung mehr, keinen Punkt, an dem sich festhalten ließe. Tatsächlich erscheint plötzlich plausibel, dass sich der Niedergang sogar beschleunigt, wenn erst einmal eine bestimmte Größe unterschritten ist, weil es auch in der Politik so etwas wie eine kritische Masse gibt.

Tapfer beschworen Steinmeier und Müntefering bei ihrem Auftritt in Willy-Brandt-Haus die „Volkspartei“ SPD, viel war am Wahlabend auch von der „historischen Mission“ der Sozialdemokratie die Rede, es klang ein wenig wie das berühmte Pfeifen im Walde. Nur 16 Prozent der Deutschen, die zur Wahl aufgerufen waren, haben am Sonntag der SPD ihre Stimme gegeben – das klingt eher nach Klientelpartei.

Viele in der SPD haben sich nach der Opposition gesehnt, um nach elf Jahren an der Regierung endlich wieder ein einfacheres politisches Leben zu führen; vielleicht erklärt das die Nüchternheit, mit der nun der Wechsel aus der Regierung auf die andere Seite von vielen führenden SPD-Leuten vollzogen wurde. Bis in die Spitze ist sich die SPD nicht klar, wie sie die Agendapolitik bewerten soll, die sie 2003 auf den Weg brachte.

Sie könnte stolz darauf sein, wenn sie wollte: Dass die Zahl der Arbeitslosen von über fünf Millionen auf zwischenzeitlich unter drei Millionen sank, ist ganz maßgeblich der unter Rot-Grün verabschiedeten Arbeitsmarkgesetze zu verdanken. Aber selbst der Kandidat sprach im Wahlkampf eher umschreibend von „diesen Maßnahmen“, die „notwendig waren“.

Für die Linken liegt hier der Urfehler, den es nun zu beheben gilt. „Die SPD wird

„Lafontaine ist der Garant unseres Erfolgs“

Dietmar Bartsch, 51, Bundesgeschäftsführer der Linken, über die Machtperspektiven eines linken Bündnisses und den Oppositionskurs seiner Partei

SPIEGEL: Herr Bartsch, Sie haben Ihr Wahlziel von zehn Prozent plus x erreicht, aber ist es nicht ein Sieg ohne Wert?

Bartsch: Nein, auf keinen Fall. Wer hätte vor ein paar Jahren geglaubt, dass sich links von der Sozialdemokratie eine neue Partei zweistellig behaupten kann? Doch genau das ist jetzt in ganz Deutschland Realität.

SPIEGEL: Sie hatten Ihren Wählern die Hoffnung gemacht: Wer die Linke wählt, verhindert Schwarz-Gelb. Jetzt ist das Gegenteil eingetreten.

Bartsch: Wir können nur auf unser eigenes Ergebnis blicken, und auf das bin ich stolz. Die SPD hatte sich in die Gefangenschaft der Großen Koalition begeben und ist abgestraft worden. Sie sollte sich jetzt wieder auf ihre sozialdemokratischen Werte besinnen.

SPIEGEL: Das wird sie dann künftig als Ihr Oppositionspartner tun. Sie duzen sich neuerdings mit SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. Beginnt so eine Partnerschaft?

Bartsch: So sieht Normalität aus, aber bisher hat mich noch niemand gefragt, ob ich SPD-Generalsekretär werden will. Das wäre auch aussichtslos.

SPIEGEL: Was bedeutet das Ergebnis strategisch für SPD und Linke? Können Sie der SPD eine Machtperspektive eröffnen?

Bartsch: Selbstverständlich, diese Option besteht ja längst – in den Ländern. Im Saarland und in Thüringen, wo wir klar gesagt haben, dass wir regieren wollen, sind wir gestärkt worden. Dort gibt es Mehrheiten jenseits von Schwarz-Gelb. Im Bund hatten SPD und Linke aus inhaltlichen Gründen Bündnisse zurzeit ausgeschlossen. Jetzt hat die SPD schmerzhaft lernen müssen, dass ihr das nichts nützt. Leider ist dieser Zug für vier Jahre abgefahren.

SPIEGEL: Setzen Sie also auf eine Doppelstrategie? Im Bund sind Sie gemeinsam Opposition, und in den Ländern organisieren Sie rot-rote Bündnisse, um über den Bundesrat Einfluss zu nehmen?

Bartsch: Ich empfehle der SPD, im Saarland, in Thüringen und in Brandenburg schnell zu Koalitionen zu kommen. Dann werden wir sehen, wie sich das auf die Bundesebene auswirkt. Wenn die SPD aber so weitermacht wie jetzt, endet sie da, wo die sächsische SPD schon ist – in der Bedeutungslosigkeit.

THOMAS GRABKA

Wahlkampfleiter Bartsch
„Der Zug ist abgefahren“

SPIEGEL: Auch in Ihren Reihen gibt es Probleme. Ihre neue Bundestagsfraktion wird nicht nur größer, sondern auch westlicher, und nicht alle neuen Abgeordneten stehen für konstruktive Politik.

Bartsch: Aus dem Westen kommen nicht nur schwierige Fälle. Wir sind sicher immer noch eine heterogene Fraktion. Aber in der neuen Fraktion sitzen auch Männer wie unser Berliner Stefan Liebich oder Rosemarie Hein aus Sachsen-Anhalt, die jetzt schon für Regierungsverantwortung und -erfahrung stehen.

SPIEGEL: Die sitzen dann neben der Kommunistin Sahra Wagenknecht.

Bartsch: Sahra Wagenknecht war fünf Jahre lang im Europaparlament, und ich kann mich nicht erinnern, dass dort Steine geflogen wären oder die Revolution von Brüssel aus über Deutschland gekommen wäre. Sie wird konstruktive Sacharbeit machen, da bin ich sehr, sehr sicher.

Wir wollen ein Mitte-links-Bündnis in Deutschland. Aber das wird es in der Opposition nicht geben.

SPIEGEL: Die Ablehnung der Linken in der SPD hat ja nicht nur inhaltliche Gründe: Für viele in der SPD ist Ihr Parteichef Oskar Lafontaine noch immer Persona non grata. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

Bartsch: Lafontaine ist der Garant für unseren Erfolg. Politik hängt für uns nicht von Personen ab. Es geht um die Inhalte. Unser Ziel ist klar: Wir brauchen ein starkes linkes Lager in Deutschland. Jetzt ist die SPD am Zug.

SPIEGEL: Droht damit im Bund ein Überbietungswettbewerb in der Sozialpolitik unter den Oppositionsparteien? Um zu zeigen, wer die Partei ist, die am weitesten links steht?

Bartsch: Das wollen wir ausdrücklich nicht, weil es unseriös wäre. Die SPD ist ja zumindest verbal längst in vielen Fragen auf unseren Kurs eingeschwenkt: beim Mindestlohn etwa oder bei der Börsenumsatzsteuer.

SPIEGEL: Aber bei aller Harmonie, gemeinsam regieren können Sie nicht.

Bartsch: Wir wollen ein Mitte-links-Bündnis in Deutschland. Aber das wird es in der Opposition nicht geben. Da kämpft jeder für seine Ziele.

SPIEGEL: Bisher führte der Kampf dazu, dass die SPD nun so schwach ist, dass Sie nicht regieren können. Was nützt Ihnen eine am Boden liegende Sozialdemokratie?

Bartsch: Das liegt doch nicht an uns. Das liegt an der Politik der SPD. Ohne die Linke wäre die neoliberale Mehrheit im Lande noch größer.

SPIEGEL: Sind Sie insgeheim auch ein wenig froh, wegen der katastrophalen Haushaltslage nicht regieren zu müssen?

Bartsch: Keine Frage, es sind schwierige Zeiten. In Berlin haben wir aber auch schon in schwierigen Zeiten vernünftig regiert. Wenn die Wähler es wollen, müssen wir bereit sein, ein Mitte-links-Bündnis zu organisieren. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

INTERVIEW: STEFAN BERG, MARKUS DEGGERICH

VINCENT KESSLER / REUTERS

Wahlgewinner Lafontaine am Wahlabend: *„Wir führen die schärfste Klinge“*

ihr soziales Profil schärfen müssen“, gab Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit am Sonntag als Losung aus. „Was wir sicher brauchen, ist eine Erneuerung“, sagte die stellvertretende Parteivorsitzende Andrea Nahles. „Über das, was in den letzten elf Jahren geschah, wird zu reden sein müssen“, erklärte SPD-Vorstandsmitglied Niels Annen. Doch noch sind ja die anderen, die sich die Agenda ausgedacht haben, auf Posten.

Die Verbindung Müntefering/Steinmeier, die seit dem Wochenende im September 2008 am Brandenburger Schwielowsee die zentrale Achse in der SPD ist, hatte auch am Wahlabend Bestand. Gegen 15.30 Uhr trafen sich die beiden im Zimmer des Parteivorsitzenden, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass das Ergebnis für die SPD desaströs ausfallen würde, eine Regierung von FDP und CDU schien wahrscheinlich.

Zwei Optionen waren schnell vom Tisch: ein gemeinsamer Rücktritt noch am Abend und auch ein Verzicht von einem der beiden auf sein Amt. Stattdessen verabredeten Müntefering und Steinmeier, in der engsten Parteiführung Unterstützung für einen Wechsel des SPD-Kandidaten auf den Posten des Oppositionsführers im Bundestag zu suchen. Ihr Argument: Angesichts der Krise komme es darauf an, alles zu vermeiden, was die Dinge außer Kontrolle geraten lassen könnte. Gerade das verheerende Abschneiden der SPD wurde nun zum Grund für den Verbleib der Hauptverantwortlichen.

In einer anschließenden Krisensitzung der SPD-Spitze im Willy-Brandt-Haus ging der Personalvorschlag durch. Keiner der Anwesenden, darunter führende Parteilinke wie Andrea Nahles, meldete Widerspruch an. Allen war klar, dass ein Beharren auf eine längere Diskussion über die Verantwortung für das Wahlergebnis und mögliche Konsequenzen den offenen Konflikt bedeutet hätte, möglicherweise sogar den sofortigen Amtsverzicht von Müntefering und Steinmeier. Das wollte nun doch keiner wagen. Nur Hannelore Kraft, der einflussreichen NRW-Landeschefin, entfuhr es, man müsse doch vielleicht auch einmal das „Personaltableau“ überdenken; aber das blieb folgenlos, weil ihr niemand zur Seite sprang.

Die Vorzeigelinke Nahles will nicht schon wieder diejenige sein, die den alten Mann der SPD zur Seite räumt.

Dass Parteilinke und -rechte bei der nun angemahnten „Aufarbeitung“ zu ganz unterschiedlichen Folgerungen kommen werden, darf als ausgemachte Sache gelten. Die Linke hat den „Stones“, wie das Team Steinbrück und Steinmeier mit spöttischem Unterton in diesen Kreisen genannt wird, im Wahlkampf weitgehend freie Hand gelassen, nun sollen sie auch für das Ergebnis geradestehen. So wie die SPD-Linke es empfindet, ist die Niederlage in erster Linie ein Verdikt über die Agendapolitik; wenn nun eine Abkehr vom Weiter-so verlangt wird, wie dies der Nahles-Vertraute Björn Böhning mit grollendem Unterton schon nach der ersten Hochrechnung tat, ist das inhaltlich und personell gemeint.

Noch in der Wahlnacht telefonierten sich einige Linke zusammen, um darüber zu beraten, wie sich die Selbsternennung von Steinmeier zum Fraktionschef noch verhindern ließe. Nicht wenige fühlen sich vom Coup der beiden Parteiführer überrumpelt, nun sinnen sie auf Abhilfe. Die Besonneneren unter den Genossen raten dazu, die Zeit arbeiten zu lassen.

Zu Steinmeier als Oppositionsführer sehen sie im Augenblick keine richtige Alternative. Umweltminister Gabriel gehört dem falschen Lager an, ein eigener Kandidat würde am Widerstand der Seeheimer scheitern. So konzentriert sich im Augenblick alles auf die Personalie Müntefering. Eine Wiederwahl des Parteivorsitzenden auf dem Parteitag im November wollen die Linken nicht so einfach hinnehmen, das ergab schon

das erste telefonisch hergestellte Stimmungsbild am Sonntag.

Auch hier gilt allerdings: Wer soll es stattdessen machen? Die Vorzeigelinke Andrea Nahles will nicht schon wieder diejenige sein, die den alten knorrigen Mann der Sozialdemokratie zur Seite räumt. Diese Rolle hatte sie schon einmal 2005, als Müntefering wegen ihrer Kandidatur für das Amt des Generalsekretärs zurücktrat. Klaus Wowereit, seit acht Jahren Regierender Bürgermeister in Berlin, muss in 2011 seine nächste Wahl gewinnen, der Parteivorsitz mit all seinen politischen Zwängen würde das schwerer machen. Als Kompromisskandidat bietet sich Arbeitsminister Olaf Scholz an, aber bei dieser Vorstellung ist nicht einmal den Linken wohl.

Natürlich kann Steinmeier auch den Parteivorsitz übernehmen, das wäre aus Sicht der Linken immer noch besser als eine Bestätigung von Müntefering oder eine Wahl Gabriels. Aber schon in den Wochen vor dem Wahltag rieten Vertraute dem Außenminister dringend davon ab, diese Variante zu erwägen. Ihr Argument, dass die SPD nicht von einer Person aus ihrer Dauerkrise geführt werden könne, gilt seit dem 27. September erst recht. Steinmeier selbst sieht aber auch, dass er die einzige Integrationsfigur ist, die einen offenen Bruch der Partei derzeit verhindern kann.

Schafft er es, die Partei zu konsolidieren, wird er sie auf Die Linke zuführen müssen, um 2013 eine Machtoption zu haben. Und Die Linke freut sich schon.

Lafontaine steht am Wahlabend auf der Bühne der Kulturbrauerei im Prenzlauer Berg in Berlin – neben Gregor Gysi und Lothar Bisky. Aber er, Lafontaine, hat das letzte Wort. Es bleibe dabei: „Wir führen die schärfste Klinge“, sagt er, „wir sind die Kraft, die gegen das System steht.“ Jubel, rote Fahnen, der Häuptling hat gesprochen, der rote Rächer, der Volkstribun.

An diesem Abend ist aber auch von dem anderen Lafontaine zu hören, dem Pragmatiker, dem Mann, der aus der SPD kommt und sie brauchen wird. Er sehe den Zustand der SPD nicht mit Freude, sagt er und verzichtet auf die sonst übliche Häme. In wenigen Tagen wird er wieder mit Heiko Maas zusammensitzen, dem SPD-Chef im Saarland, um eine Regierung zu bilden.

Kein deutscher Politiker ist ein solcher Meister der Dialektik wie Lafontaine, keiner schafft es, zwei eigentlich nicht vereinbare Politikansätze zu versöhnen. Revolutionäre Parolen hier, Pragmatismus da. Das ist auch die nie beschlossene, aber längst praktizierte Doppelstrategie der Partei Die Linke. Lafontaine weiß, dass der Weg in eine rot-rot-grüne Alternative zur bürgerlichen Regierung nur über eine Aussöhnung mit der Sozialdemokratie führt.

In der Stunde des Jubels über den zweistelligen Prozentsatz an Wählerstimmen fehlt denn auch der Hohn über den Absturz der SPD. Vor allem die Pragmatiker der Linken sind es, deren Freude beträchtlich getrübt ist an diesem Abend. „Ein toller Erfolg“, sagt Vordenker André Brie über den Zuwachs seiner Partei. Doch in einem Atemzug fügt er hinzu: „Der Sieg von Schwarz-Gelb und die Niederlage der SPD trüben die Stimmung.“ Fassungslos sei er über deren Absturz, sagt Brie.

ANIKA BÜSSEMEIER

Überraschungsgewinner Piratenpartei: *Sie könnte eine Kraft der Zukunft sein*

Viele Ostgenossen träumen von der „Einheit der Arbeiterklasse“, so haben sie es gelernt in der DDR, dieses Denken prägt sie bis heute. Aber auch die Westlinken wissen, dass ohne die SPD ihr Einfluss auf die Politik gering ist. Da ist ein Angebot nur logisch und konsequent.

Die Linke bietet der SPD noch am Wahlabend eine Machtoption an, wenn es auch nur eine kleine Offerte ist: gemeinsame Regierungsgeschäfte in den Ländern, um darüber die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat zu brechen. „Wenn die SPD tatsächlich Schwarz-Gelb in die Schranken weisen will“, sagt Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, „dann kann sie das: mit Hilfe rot-roter Koalitionen“.

Eine rot-rote Annäherung auf Bundesebene dürfte nicht so einfach werden wie jene in den Ländern.

Doch eine rot-rote Annäherung im Bund dürfte nicht so einfach werden wie jene in den Ländern, und das liegt auch an der Linkspartei selbst. Linke Pragmatiker wie Stefan Liebich aus Berlin werden im neuen Bundestag sitzen, aber auch Sahra Wagenknecht, die Kommunistin. „Schwierige Geister“ nennt Klaus Ernst die Neugenossen aus dem Westen, die demnächst im Reichstag hocken. Ein Nebenprodukt des überraschend guten Wahlergebnisses ist, dass die Wählerstimmen auch Aktivisten in den Bundestag gehoben haben, die von Politikreife weit entfernt sind. Über 20 Abgeordnete mehr als bisher stellt die Fraktion.

Das nächste große Ziel der Linken im Westen ist der Landtag von Nordrhein-Westfalen 2010. Im bevölkerungsstärksten Bundesland, dem einstigen SPD-Stammland, soll das von Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch ersehnte Mitte-links-Bündnis vorweggenommen werden. Gregor Gysi jedenfalls schwebt schon wieder in historischen Dimensionen angesichts seines Marsches

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

FDP-Politiker Westerwelle: *Zwischen Übermut und Demut*

gen Westen. Das habe er sich nicht „träumen lassen, als wir 1989 aufgebrochen sind, um Politik zu machen“. Er fragt sich jedenfalls schon gewohnt unbescheiden: „Ab wann sind wir denn Volkspartei?“

Eine Frage, die für Die Linke genauso vermessen ist wie für die Grünen. Deren starkes Stimmenwachstum kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei ein Verlierer dieser Wahl ist. Die Grünen ziehen wieder nur als fünfte Kraft in den Bundestag ein, und der Abstand zu FDP und Linken hat sich vergrößert. Nur die geschrumpfte CSU rangiert noch hinter den Grünen.

„Eine große Enttäuschung“, sagt Milan Horacek, einer der Urväter der Partei. „Dass wir über zehn Prozent haben ist okay, aber der Erfolg der FDP ist eine Katastrophe.“ Als die Spitzenkandidatin Renate Künast auf der Bühne erklärt, wie sehr sie sich freue, sagt Horacek: „In ihrer Haut möchte ich nicht stecken. Die muss jetzt die Durchhalteparolen ausgeben.“

Besonders bitter ist für die Grünen, dass sie ihrem Hauptrivalen Guido Westerwelle so hoffnungslos unterlegen waren. Als das Fernsehbild des FDP-Vorsitzenden in den Fetenraum der Grünen am Berliner Ostbahnhof gesendet wird, beginnen dort die Buhrufe. Die Grünen schreien lauter gegen Westerwelle, als sie über die eigenen Stimmengewinne jubeln.

Westerwelle, so müssen die Grünen heute Abend feststellen, hat einfach besser gepokert. Er hat die FDP gemästet, indem er sie bedingungslos an die Union kettete. Die Grünen hingegen haben sich selbst uninteressant gemacht, weil sie eine Jamaika-Koalition ausschlossen. Als Westerwelle der Ampelkoalition eine Absage erteilte, standen die Alternativen plötzlich ohne Alternativen da – und ohne reale Machtoption.

So konnten sie nur hilflos zusehen, wie der Zusammenbruch der SPD ihre Chancen auf die Gestaltung ruinierte. Die Grünen wirkten plötzlich wie ein Staffelläufer, der zwar persönliche Bestzeit gelaufen ist, dessen Partner aber das Staffelholz in der Kurve fallen gelassen hat. Und es erwächst ihr Konkurrenz bei den jungen Unangepassten, wie der Erfolg der Piratenpartei zeigt. Wenn den Grünen nicht bald etwas einfällt, könnten die Piraten schon bald deren Rolle als Protestpartei der Jugend übernehmen.

Die Piratenpartei, erst vor drei Jahren in Deutschland gegründet, feiert, wo sie besonders viele Anhänger hat: im Astra-Kulturhaus, mitten im alternativen, studentischen Milieu der Hauptstadt. In dieser Halle gibt es sonst Konzerte und Clubabende.

In den bunten Diagrammen im Fernsehen taucht ihre Partei nur unter dem grauen Balken der „Sonstigen Parteien“ auf.

Die Stimmung steigt stetig, bei den Befürwortern eines freien, unzensierten Internets, auch wenn die Gäste für ihre Getränke hier selbst bezahlen müssen, anders als im Willy-Brandt-Haus oder bei der FDP.

Der Vorsitzende der Piraten versucht sich in all dem Trubel professionell zu geben, seine Analysen wären „Berliner Runde“-tauglich, doch bis ins ARD-Studio in Berlin-Mitte fehlen noch ein paar Prozent. Zwei Prozent und deutlich mehr in einigen Ballungsräumen, für Jerns Seipenbusch ist das mehr als ein Achtungserfolg. „Das ist ein Signal an die etablierten Parteien, die uns und unsere Themen jetzt nicht mehr ignorieren können“, sagt er. Tatsächlich wird schon die Demografie dafür sorgen, denn die Piraten scheinen vor allem die besonders umworbenen Jungwähler anzusprechen. Laut Seipenbusch haben 13 Prozent der männlichen Erstwähler und 9 Prozent aller 18- bis 24-Jährigen Piraten gewählt. Und wieder schallen laute „Yeahs“ durchs Astra Kulturhaus.

Merkel bekam das nicht so schön hin mit dem Feiern am Wahlabend. Als sie bei der Party der CDU auftauchte, sagte sie einen Satz, wie er nur ihr misslingen kann: „Jetzt, liebe Leute, lasst mal richtig die Party knallen, oder wie sagt man, ich kenn mich da nicht so gut aus.“ Dann ging sie telefonieren. Einige Staats- und Regierungschefs hatten sich beim G-20-Gipfel kurz vor der Wahl ausgebeten, dass sie persönlich gratulieren wollten, darunter Barack Obama, Nicolas Sarkozy und Gordon Brown.

Während sie sich in ihrem Glück sonnte, war ihr Lieblingspartner der vergangenen vier Jahre in einer seltsam aufgeräumten Stimmung. Finanzminister Peer Steinbrück schnurrte durch das Atrium des Willy-Brandt-Hauses von Interview zu Interview, in der Hand wie festgewachsen ein Bierglas, in das er sich regelmäßig nachschenken ließ. Ob er nicht zwischendurch ein Glas Wasser wolle, fragte eine Journalistin, offenkundig besorgt um sein Fassungsvermögen. „Ach, wissen Sie“, antwortete der Noch-Minister, „heute abend trinke ich mit Sicherheit kein Wasser mehr.“

Stefan Berg, Ralf Beste, Petra Bornhöft, Markus Deggerich, Kathrin Elger, Jan Fleischhauer, Kerstin Kullmann, Dirk Kurbjuweit, Roland Nelles, Alexander Neubacher, Ralf Neukirch, Conny Neumann, René Pfister, Christian Reiermann, Wolfgang Reuter, Michael Sauga, Barbara Schmid, Michael Sontheimer, Holger Stark, Merlind Theile, Peter Wensierski